

## **Stellungnahme 20.05.2010**

### **pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann**

Mit dem Aufruf „Die Blockade beenden! Ein Schiff mit medizinischen Hilfsgütern für Gaza“ hat das Bündnis im Januar 2009 die Aktivitäten für die Unterstützung der Bevölkerung des Gazastreifens durch Lieferung humanitärer Hilfsgüter begonnen. Damals meldeten wir: Ein Schiff mit Hilfsgütern nach Gaza will ein Friedensbündnis aus IPPNW, Jüdischer Stimme, Palästinensischer Gemeinde, Deutsch-Palästinensischer Gesellschaft und pax christi entsenden. Jetzt steht die Umsetzung bevor.

Die deutschen Aktivisten werden am 21. Mai 2010 von Griechenland aus in See stechen und um den 1. Juni zurück in Griechenland erwartet. Aus Deutschland stammen 5 Tonnen der Fracht: Medikamente, Verbandstoffe und Medizinische Geräte. Die Menschen im Gazastreifen mit Hilfsgütern zu versorgen und die Öffentlichkeit auf die völkerrechtswidrige Blockade des Gaza-Streifens aufmerksam zu machen, ist Ziel der Freedom-Flottille. Sie besteht aus insgesamt drei Frachtschiffen mit etwa 5.000 Tonnen Ladung und fünf Passagierschiffen. Ca. 600 Menschen aus 20 Ländern hoffen, Gaza per Schiff zu erreichen.

Vor mehr als zweieinhalb Jahren erklärte die Besatzungsmacht Israel den Gazastreifen zum „feindlichen Gebiet“ und riegelte ihn hermetisch ab. Die Folge: Das Wirtschaftsleben kollabierte. Schwerkranken wird notwendige Behandlung verweigert, die sie nur außerhalb Gazas erhalten können. Den Krankenhäusern gehen elementare medizinische Bedarfsgüter aus. Etwa 700 Studierende aus Gaza können nicht an ihre Universitäten im Ausland reisen. Die Bombardierung des Gazastreifens und der militärische Einmarsch durch Israel am 27. Dezember 2008 waren eine Fortsetzung dieser Blockadepolitik. Diese Blockade besteht mit katastrophalen Folgen für die Menschen im Gazastreifen bis heute fort.

Im Mai vergangenen Jahres hat **Papst Benedikt XVI** bei seinem Besuch in Israel und in den palästinensischen Gebieten die Aufhebung der Blockade von Gaza gefordert. Die internationale Gemeinschaft, die EU und die deutsche Bundesregierung sind aufgerufen, sich in ähnlicher Weise für das Ende der kollektiven Bestrafung der Menschen im Gazastreifen einzusetzen. Ohne freien Zugang zu Grundversorgung mit Lebensmitteln leben die Menschen dort in tiefster Armut.

Wer die Blockade kommentarlos zulässt unterstützt faktisch diese eklatante Verletzung der völkerrechtlich bindenden Genfer Konventionen, nach denen Kollektivbestrafung der Zivilbevölkerung strikt verboten ist. Wir fordern eine umfassende Versorgung für ganz Gaza, denn die Blockade von Gaza verstößt gegen das Völkerrecht. Wir wollen der Strangulation und dem Aushungern einer Bevölkerung von 1,5 Millionen Menschen nicht tatenlos zusehen, zumal sie weiterhin unter den Folgen der militärischen Angriffe leiden.

Mutige Aktivisten aus vielen Ländern, darunter auch aus Israel, haben im Rahmen der „Free Gaza“-Kampagne mit bisher fünf Fahrten von Schiffen von Zypern nach Gaza bewiesen, dass die Blockade durchbrochen werden kann, wenn ausreichend Öffentlichkeit hergestellt ist.

### **Die Blockade**

Der Bericht der UN-Untersuchungskommission über Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit dem Angriff auf Gaza, der sogenannte Goldstone Bericht stellt fest, dass die Blockade Maßnahmen wie z.B. Einfuhrbeschränkungen für Warenlieferungen nach Gaza und die manchmal tagelange Schließung der Grenzübergänge für den Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr umfasst. Diese Maßnahmen betreffen insbesondere Kraftstofflieferungen und die Stromversorgung. Die Wirtschaft Gazas ist desweiteren durch die Einengung der Fischereizone für palästinensische Fischer und durch die Einrichtung einer „Pufferzone“ entlang der Grenze des Gaza-Streifens zu Israel schwer beeinträchtigt. Durch diese Zone reduziert sich die Fläche für landwirtschaftliche und gewerbliche Nutzung erheblich. Zusätzlich zur dadurch geschaffenen Notsituation hat die Blockade die Fähigkeit, auf die durch die Kriegshandlungen herbeigeführte Notsituation zu reagieren, erheblich geschwächt. Das gilt sowohl für die Bevölkerung, das Gesundheitswesen als auch für die Wasserversorgungsbetriebe sowie andere Betriebe des staatlichen Sektors.

### **Die pax christi-Nahostkommission hat Ende April diesen Jahres den Deutschen Bundestag aufgefordert, den Empfehlungen des EU-Parlaments zum Goldstone Report nachzukommen**

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wurden vom Europaparlament aufgefordert, „darauf hinzuarbeiten, dass die EU einen entschiedenen gemeinsamen Standpunkt zu den Maßnahmen infolge des Berichts der von Richter Goldstone geleiteten UN-Erkundungsmission zum Konflikt von Gaza und im südlichen Israel vertritt, und öffentlich dafür einzutreten, dass die Empfehlungen des Berichts umgesetzt werden und Verantwortung für alle Verstöße gegen das Völkerrecht, auch für zur Last gelegte Kriegsverbrechen übernommen wird.“ So die Empfehlung des Europäischen Parlaments in einer Entschließung vom 10. März 2010 an seine Mitgliedsstaaten, nachdem es sich mit dem Bericht der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen über den Gaza-Konflikt (Goldstone Report) befasst hatte.